

## **Sackgasse Liberalismus**

### **Theorie. Kapitalismusanalysen auf Basis des Mainstreams der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre helfen nicht weiter, wenn es um die Ausarbeitung linker Positionen geht. Es gilt, ein kohärentes marxistisches Projekt zu entwickeln (Teil I)**

*Von Helmut Dunkhase*

Vordenker von  
Marktradikalismus  
und Antisozialismus:  
Der österreichische  
Ökonom und  
Sozialwissenschaftler  
Friedrich August von  
Hayek (27. Januar  
1981)

Der Liberalismus ist in der Partei Die Linke nach einigem Vorgeplänkel offenbar im Vormarsch. Vor vielen Jahren, 1996, wagte Lothar Bisky, damals Bundesvorsitzender der PDS, schon einmal einen Vorstoß mit seinem »Plädoyer für einen libertären Sozialismus«, das aber keine Konzeption enthielt, sondern im wesentlichen von einem Sozialismus bestimmte Attribute wie Stärkung der Individual- und Bürgerrechte einforderte. Auch der Berliner Landesvorsitzende der Linkspartei, Klaus Lederer, beschränkte sich in seiner Schrift »Links und libertär?« auf das Sinnieren über die Befindlichkeit der Individuen in »unserer postmodernen Welt«. Pech hatte Petra Pau mit ihrem Versuch, den Liberalismus als Wurzel für Engels, Marx und Luxemburg zu lesen. Marianna Schauzu wies in dieser Zeitung (jW-Thema vom 15.5.2010) nach, daß sie sich verlesen hatte.

Nun haben sich zu diesem Thema aber auch Autorinnen und Autoren geäußert, die bisher eher zum linken Flügel der Partei gezählt wurden. Manfred Sohn überraschte in seinem Büchlein »Hat das System einen Fehler oder ist es der Fehler?« nach einer marxistischen Analyse der gegenwärtigen Krisen mit der Schlußfolgerung, daß in einer Neuauflage der sozialliberalen »Freiburger Thesen« (1971) der Ausweg aus der Misere zu suchen sei. Dabei versuchte er noch – allerdings um den Preis einer Verfälschung –, an Lenins Gedanken zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) anzudocken.<sup>1</sup> Und Oskar Lafontaine sieht Die Linke gar als legitimen Erben der »Freiburger Thesen« an. In seinem Tagesspiegel-Artikel vom 4.6.2011 finden wir viele Gedanken wieder, die Sahra Wagenknecht in Buchform gebracht hat: »Freiheit statt Kapitalismus«.

## Unzureichende Erklärungskraft

Man kann Wagenknecht nicht nachsagen, daß sie sich auf Französisch vom Marxismus verabschiedet hätte. Geradezu demonstrativ vermeidet sie jeglichen Bezug auf Marx oder den untergegangenen Sozialismus (bei ihr das »osteuropäische Gesellschaftsmodell«) und gibt auch durch die konsequente Benutzung der Terminologie des Mainstreams der Volkswirtschaftslehre (VWL) zu erkennen, an welche Tradition sie anknüpfen will.

Zwar beschreibt sie faktenreich das parasitäre, faulende Stadium des Kapitalismus: dessen Verlust von Innovation und Investitionsfähigkeit, die unproduktiven Investitionen in die »Finanzindustrie«, die Ausplünderung öffentlichen Eigentums (sie spricht fälschlicherweise vom geplünderten Staat). Auch wer wissen will, wie das mit der Riester-Rente so gelaufen ist, wird hier gut bedient. Doch die Erklärungsfähigkeit stößt an enge Grenzen.

Im Abschnitt »New Deal und Wirtschaftswunder« (S. 137f.) beschreibt sie den geschichtlichen Ablauf, der zur heutigen Situation führte: Nach dem Zweiten Weltkrieg eine lange Phase mit hohem Investitionsbedarf, steigenden Löhnen; dann Absorption der Nachfrage, wodurch »rentable Investitionsmöglichkeiten und mit ihnen die Profite« schwanden und dadurch die »neoliberalen Konzepte« auf den Plan traten.

An dieser Geschichte ist einiges nachzubessern. Wagenknecht erklärt die relativ hohen Löhne in der Nachkriegszeit mit dem diskreditierten Kapitalismus; richtiger wäre zu sagen, die Kapitalistenklasse war geschwächt, wodurch die Gewerkschaften eine stärkere Position hatten. Wesentlicher noch war aber die große Nachfrage nach Arbeitern; schon Anfang der 1960er Jahre kamen die ersten »Gastarbeiter« in die BRD. Verstärkt wurde die Position der Gewerkschaften auch dadurch, daß die DDR als dritte Partei mit am Verhandlungstisch saß. Warum sollte die »Nachfragekurve abflachen«, da »in jedem Haushalt ein Fernseher und ein Kühlschrank und (...) auch ein Automobil standen«? Die Frage beantwortet sich von selbst, wenn wir uns die heutigen Haushalte ansehen: Computer, Smartphones, Mikrowellenherd, usw.

Nein, absorbiert waren die Arbeitskräfte, und damit kam ein wesentlicher Faktor in einer Gesetzmäßigkeit zum Tragen, die fundamental im Hintergrund der kapitalistischen Produktionsweise wirkt: das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate.

Der Verlauf der Profitratenentwicklung wird nämlich letztlich entscheidend bestimmt durch das Verhältnis von Wachstumsrate der Arbeiterpopulation zur Investitionsrate.<sup>2</sup> Angenommen, die Population wächst konstant um fünf Prozent jährlich, dann wird sich bei vollständiger Investition des Profits (und einer Ausbeutungsrate von 100 Prozent) die Profitrate auf fünf Prozent einpendeln. Das heißt, um bei wachsender organischer Zusammensetzung des Kapitals die Profitrate zu halten, müssen jährlich fünf Prozent mehr Arbeiter ausgebeutet werden. Würde nur die Hälfte des Profits investiert, stiege die Profitrate auf zehn Prozent.

Jetzt wissen wir, warum das Kapital so reagiert hat, wie es reagiert hat. Mit der Absorption der Arbeitskräfte begannen die Profitraten zu sinken und erreichten in der BRD Anfang der 1980er Jahre ihren Tiefpunkt. So verlor das Kapital die Lust an der Akkumulation und investierte lieber in die »Finanzindustrie«. Die Position der Arbeiterklasse hier konnte entscheidend geschwächt werden durch die Möglichkeit, das riesige Arbeitskräftepotential in Ostasien, nach der Konterrevolution dann auch in Osteuropa, nutzen zu können. Und hier liegt denn auch der Schlüssel für die Erklärung der Deindustrialisierung, die Wagenknecht zu

Recht beklagt. Ihre Erläuterungen dazu wirken ziemlich hilflos. Einmal bringt sie die Deindustrialisierung ohne weitere Begründung mit dem Rückzug des Staates in Verbindung (S. 297); ein anderes Mal (S. 140) führt sie die Deindustrialisierung »vor allem« auf eine ungenügende Investitionstätigkeit zurück – so wie die Armut von der Poverty kommt. Und wenn sie als Hintergrund auch »die schrumpfenden Konsummöglichkeiten der großen Mehrheit der Menschen und die damit sinkende Auslastung der Kapazitäten in den Industrien, die Gebrauchsgüter (...) herstellen«, sieht, verwechselt sie zum einen Ursache und Wirkung, und zum anderen ist zu fragen, wo denn all die schönen Dinge, die heute (immer noch) in den Haushalten stehen, herkommen. Nur ein eurozentristischer Blick kann zu einem solchen Urteil kommen. Die Deindustrialisierungstendenzen hier sind nur die Kehrseite der Medaille, deren andere Seite in der Tatsache besteht, daß die Fabrik des Weltkapitalismus heute in China steht.

## **Untaugliche Rezepte**

Die kapitalistische Krise  
begreifen und ihre  
Ursachen bekämpfen –  
dazu bedarf es keiner  
Anleihen bei liberalen  
Wirtschafts- und  
Gesellschaftskonzeptionen

Für Wagenknecht ist es die pure Größe der Betriebe, die das Unheil bringt (S. 135). Der Markt werde durch Wirtschaftsmacht verzerrt; die Wahrscheinlichkeit, die Profite zu investieren, werde kleiner; mit zunehmender Größe werde aus dem ursprünglich innovativen Unternehmer, der sich kreativ für seine Idee einsetzt, der Verwalter abstrakten Kapitals, den nur noch die Rendite interessiert.

In einem Rückgriff auf ordoliberalen Ideen sieht Wagenknecht deshalb als zentrale politische Aufgabe die Beschränkung wirtschaftlicher Macht einzelner Unternehmen an, weil sie Demokratie und Markt zerstören würden. Damit der freie Markt »offen« gehalten werden kann, bedürfe er wie überhaupt die wirtschaftliche und politische Ordnung der Steuerung und Lenkung. Nur so könne die Verbindung von Eigentum und produktiver Tätigkeit (wieder)hergestellt und »Freiheit und Verantwortung« des Unternehmers (die die persönliche Haftung mit einschließen soll) verwirklicht werden.

Als praktische Maßnahmen schlägt sie vor: 1. Bereiche der Daseinsvorsorge und Banken gehören in öffentliche Hand. 2. Verstaatlichung großer Betriebe. Zur Debatte stehen für sie dabei nicht die »historischen Probleme des osteuropäischen Wirtschaftsmodells«, sondern die »Performance von Unternehmen im Marktumfeld« (S. 279). 3. Überführung kleinerer Betriebe in »Mitarbeitergesellschaften«<sup>3</sup> nach Ideen des ehemaligen Protagonisten des »Prager Frühlings«, Ota Šik (was natürlich nicht das Geringste daran ändert, daß sich ihre Kapitale wie private Kapitale bewegen).

Das klingt alles ein bißchen nach Heimweh und ist es wohl auch; denn sie macht ihre Vorschläge, »damit wir in Zukunft wieder in einem demokratischen Gemeinwesen leben können« (S. 320). »Wieder« – das Reich des Guten hat es demnach schon einmal gegeben.

Das Zurückdrehen einer verhängnisvollen Entwicklung könnte man als Lösung der Probleme

in Erwägung ziehen, wenn subjektive Fehlentscheidungen zu ihnen geführt hätten. Nun können sicherlich politische Entscheidungen und Einflußnahmen den Gang der ökonomischen Entwicklung erheblich beeinflussen. Gerade heute in der zugespitzten Situation sind alternative Entscheidungen möglich, und Wagenknecht hat eine Reihe vernünftiger Vorschläge dazu gemacht. Aber solange die kapitalistische Produktionsweise die Geschäftsgrundlage des Handelns ist– und etwas anderes steht hier nicht zur Debatte –, sind die Akteure auch deren Gesetzmäßigkeiten unterworfen.

Dazu gehört der Expansionszwang des Kapitals. Gerade auch in den von Wagenknecht so sehr herbeigewünschten »offenen Märkten« können Unternehmen in der Konkurrenzsituation nicht existieren, ohne fortlaufend zu investieren. Im liberalen Gesellschaftsmodell würde sich dann fortlaufend die Frage stellen, wann ein Unternehmen eine Größe erreicht hat, daß es reif für die Verstaatlichung ist. Auf dem Boden der kapitalistischen Marktwirtschaft die Macht der Großbetriebe neutralisieren zu wollen, gleicht einer Donquichoterie, und der Versuch der Bewältigung dieser Aufgabe würde beträchtliche Ressourcen verschlingen.

Erst recht nicht wird es zu den von Wagenknecht erwarteten Wohltaten der »offenen Märkte« kommen. Wenn sie schreibt, »die angepeilten Profite werden in einer solchen Situation (der offenen Märkte, HD) vorwiegend reinvestiert und halten dadurch das hohe Investitionsniveau ebenso aufrecht wie dieses Profitniveau« (S. 134), so mißachtet sie aus oben genannten Gründen das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate. Es würde nur der Prozeß von neuem beginnen, den wir bei uns in den Nachkriegsjahren beobachtet haben – nur schneller, weil das Arbeitskrätereservoir hierzulande sehr beschränkt ist.

## **Geschichtsphilosophische Blindheit**

Aber es soll hier weniger um immanente Widersprüche als um eine konzeptionelle Kritik gehen. Überlegungen zu einer Gesellschaftskonzeption, die sich auf eine auf den VWL-Mainstream reduzierte Theorie gründen, fallen weit hinter die Klassiker zurück. David Ricardo, einer der wichtigsten Vertreter der bürgerlichen Nationalökonomie und bedeutender Vorläufer von Marx' Arbeitswertlehre, beginnt seine »Grundsätze« mit der Feststellung: »Die Produkte der Erde (...) werden unter drei Klassen der Gesellschaft verteilt, nämlich die Eigentümer des Bodens, die Eigentümer des Vermögens oder des Kapitals, das zu seiner Bebauung notwendig ist, und die Arbeiter, durch deren Tätigkeit er bebaut wird. [...] Das Hauptproblem der Politischen Ökonomie besteht in dem Auffinden jener Gesetze, welche diese Verteilung bestimmen.« Als Marx sich daran machte, »die ökonomischen Lebensbedingungen der drei großen Klassen, worin die moderne Gesellschaft zerfällt«, zu untersuchen, kam er zum berühmten »allgemeinen Resultat«, das »meinen Studien zum Leitfaden diente (...): In der gesellschaftlichen Produktion des Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen« (MEW 13, S. 7f.). Und die Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise führte ihn zu dem Schluß, daß diese, mit dem von ihr hervorgebrachten Proletariat als materiellem Träger, »ihre eigene Negation erzeugt. Der Punkt der »höchsten Entwicklung der kapitalistischen Produktion«, der ein »notwendiger Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten, nun aber als unmittelbares Gesellschaftseigentum«, ist (MEW 25, 453), ist längst erreicht. Mit der Oktoberrevolution wurde versucht, durch die Befreiung der Arbeiterklasse von der Unterwerfung unter die blinden Kräfte des Marktes zu einer neuen Stufe der Emanzipation der Menschheit zu schreiten, der planenden Gestaltung des Lebens, zunehmend »aus eigenen Stücken«. Es ist Sache der Kommunisten, in diesem Prozeß als »Hebammen der Geschichte« zu wirken.

Man muß solche Schlußfolgerung nicht richtig finden. Doch zeugt es von einer Geringschätzung der epochalen Bedeutung der Oktoberrevolution, wenn Wagenknecht den alten Sozialismus mit dem Wort »gescheitert« (S. 319) abtut und ins Geschichtsbuch verweist. Mit demselben Recht, mit dem sie fragt, ob an dem gegenwärtigen System, »das nicht mehr auf menschenwürdige Weise funktioniert« (S. 319), nicht doch etwas zu retten sei, hätte sie auch fragen können, ob die Mängel des untergegangenen Sozialismus notwendigerweise jedem Sozialismus anhaften müssen.

## **Andere Traditionslinie**

Jener Liberalismus, dem sich nun Wagenknecht und Sohn zuwenden, gehört einer anderen Traditionslinie als der Kommunismus an. Bei dem italienischen Philosophen Domenico Losurdo läßt sich nachlesen, inwiefern sich beim »Kampf um die Geschichte« die westlichen Demokratien auf die Linie 1688 (Glorious Revolution) – 1776 (amerikanische Revolution) zurückführen lassen, der die »universalistische« Linie 1789 (Französische Revolution)–1917 (Oktoberrevolution) gegenübersteht.<sup>4</sup> Liberale Demokratievorstellungen waren von Anfang an von einer »Herrenvolkdemokratie« (Losurdo) geprägt. Der von Wagenknecht (zu Recht) als großer Philosoph gerühmte John Locke, der vielen als Vater des Liberalismus gilt, war nicht nur Aktionär der Royal African Company für Sklavenhandel, sondern befürwortete auch die Landnahme der weißen Siedler in Amerika.<sup>5</sup>

Liberale Gesellschaftsvorstellungen sind insofern in einem »vorwissenschaftlichen« Stadium steckengeblieben, als es für sie das (bürgerliche) Individuum – in seiner prominentesten Ausprägung der einzelne, unternehmerische Kapitalist – ist, das die Gesellschaft bewegt. Wenn moderne (Ordo-)Liberale sich den Kopf über die Beschränkung von Macht zerbrechen, so ist der Doppelsinn zu beachten, der darin liegt, daß es nicht nur um die Beschneidung individueller Macht, sondern auch um die Beschränkung der Macht derjenigen, die nicht zur »Gemeinschaft der Freien« (Losurdo) gehören, geht. Wenn Liberale »alle« sagen, meinen sie nicht unbedingt alle. Das galt für die Unabhängigkeitserklärung von 1776, die allen Menschen Anspruch auf Glück versicherte und mit der größten Selbstverständlichkeit Sklavenhaltung zuließ, wie für die Aussage »Der Betrieb sind wir alle« aus den »Freiburger Thesen«, die nichts an der Existenz der Eigentumslosen nebst den sozialen Konsequenzen ändert.

Sicherlich gibt es unter den Marktliberalen eine große Bandbreite von Meinungen. Das zeigte sich schon bald in der Mont Pèlerin Gesellschaft<sup>6</sup>, die sogenannte Marktradikale wie Friedrich August von Hayek mit Ordoliberalen wie Walter Eucken vereinte. Es ist keineswegs so, daß nur die Ordoliberalen einen Ordnungsstaat vertreten, sie unterscheiden sich nur im »Wie« der Ordnung. Wagenknecht beklagt die Verwüstungen durch die Marktradikalen und stimmt mit den Ordoliberalen im Loblied auf die offenen Märkte und die Beschneidung der Wirtschaftsmacht großer Unternehmen überein; was Wagenknecht durch Überführung in Staatseigentum (was übrigens auch Eucken keineswegs ausschließt<sup>7</sup>) gewährleistet sieht, meinen die Ordoliberalen durch andere Formen der »Wettbewerbsordnung« garantieren zu können. Was alle Liberalen eint, ist das Streben nach Reinheit der Märkte – und die antisozialistische Stoßrichtung. Ihre Streitereien sind Streitereien von Brüdern oder Schwestern im Geiste. Wagenknecht scheint das auch so zu sehen, wenn sie im Vorwort den »philosophischen Grundlagen einer freien Gesellschaft«, wie sie der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek versteht, bescheinigt, nichts an Aktualität verloren zu haben.

Auf Hayeks »philosophische Grundlagen« kann hier nicht genauer eingegangen werden. Erkenntnistheoretisch ist für unser Belang von Bedeutung, daß er eine subjektivistische

Philosophie mit einer strengen Dichotomie von Natur- und Sozialwissenschaften verfißt. Sozialwissenschaften hätten es nicht, wie die Naturwissenschaften, mit »objektiven Fakten« zu tun, sondern, soweit »menschliche Aktionen betroffen sind, sind die Dinge das, was die handelnden Menschen denken, was sie sind«.8 Seine Gesellschaftskonzeption ist antiaufklärerisch (»Der Mensch ist und wird niemals der Herr seines Schicksals sein.«), schließt eine Polemik gegen den Begriff »soziale Gerechtigkeit« und ein mit »antitotalitärem« Pathos vorgetragenes Plädoyer für einen »autoritären, in seinen Machtbefugnissen nahezu uneingeschränkten Ordnungsstaat« ein.9 Seine Vorstellungen konnte er das erste Mal in Chile unter der Militärdiktatur Augusto Pinochets, mit dem er sich regelmäßig traf, umsetzen.

## **Anmerkungen**

1 Näheres in einer Rezension von Helmut Dunkhase im Berliner Anstoß, April 2009

2 Die Wirkungen von Arbeitsproduktivität und Kapitalentwertung lassen wir hier außer Betracht. Genauer hierzu in: Helmut Dunkhase: Zur Profitratendiskussion in den MB, Marxistische Blätter 1–11, vollständig auf [www.helmutdunkhase.de](http://www.helmutdunkhase.de)

## **Theorie. Kapitalismusanalysen auf Basis des Mainstreams der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre helfen nicht weiter, wenn es um die Ausarbeitung linker Positionen geht. Es gilt, ein kohärentes marxistisches Projekt zu entwickeln (Teil II und Schluß)**

*Von Helmut Dunkhase*

Kampf der  
Ideen:  
Ludwig  
von Mises'  
Denken  
und Wirken  
war gegen  
jedwede  
Spielart des  
Sozialismus  
gerichtet

»Wer Plan und Markt einander entgegensetzt, hat ohnehin wenig von wirtschaftlichen Prozessen verstanden«, verkündet Sahra Wagenknecht in ihrem neuesten Buch »Freiheit statt Kapitalismus« (Eichborn Verlag, Berlin 2011, S. 351). Ein kühnes Wort! Kommen wir zur Sache.

Die meisten Menschen würden wahrscheinlich zustimmen, daß es eine feine Sache wäre, wenn sich eine Volkswirtschaft so steuern und entwickeln ließe, daß von vornherein, d.h. durch einen Plan, dafür gesorgt werden könnte, jedes Produktionselement, jede arbeitende Hand oder jeden arbeitenden Kopf und jedes Gebrauchsgut zur rechten Zeit am rechten Ort zu

haben.

Die einen glauben nicht daran; andere sind aus verständlichen Gründen dagegen, weil sie mit der durch den Plan vorausgesetzten anderen Eigentumsordnung bisherige Vorteile verlieren würden. Und dann gibt es die in der Regel gut bezahlten Apologeten, die uns erklären, warum Planwirtschaft nicht geht.

### **Kritik der Planwirtschaft ...**

Ludwig von Mises legte 1920 in seinem Artikel »Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen« Einwände gegen eine sozialistische Planwirtschaft dar, die praktisch bis heute den Klassenkampf auf dem Feld der Theorie bestimmen. Mises war sich der politischen Funktion seiner Thesen, den Vormarsch des Sozialismus abzuwehren, wohl bewußt (»In einer Zeit, da wir uns dem Sozialismus immer mehr und mehr nähern...«). Dabei hatte er nicht nur die Oktoberrevolution im Sinn, sondern währte auch in Deutschland, Ungarn und Österreich sozialistische Parteien an der Macht.

Er behauptete, nur in einer Marktwirtschaft mit Geldpreisen ließe sich ökonomische Rationalität herstellen. Was über vage Schätzungen hinaus genauerer Berechnungen bedarf, komme ohne Arithmetik, d.h. die Rückführbarkeit auf eine Einheit nicht aus. Die Arbeitswerttheorie, die er als einzig möglichen sonstigen Kandidaten ansah, könne dies nicht leisten, weil sie zum einen die Heterogenität der Arbeit, zum andern die in den Materialien geronnene Arbeit nicht erfassen könne. Deswegen käme nur die Tauschwert-Rechnung in Frage. Ohne Rückführung auf Geld ließen sich auch keine rationalen Entscheidungen über verschiedene Varianten, z.B. beim Bau einer Eisenbahnstrecke, finden. Schließlich sah Mises in der sozialistischen Gemeinwirtschaft Initiative und Verantwortung flöten gehen, denn: »Mit der Ausschaltung der materiellen Interessen Privater verschwindet die bewegende Kraft.«

Von nicht zu unterschätzender Wirkung war (und ist) auch die von Friedrich August von Hayek vorgetragene Kritik an einer zentralen Planwirtschaft. Ein großer Teil der in Wirtschaftsprozessen zu verarbeitenden Informationen sei nicht »objektiv« gegeben, sondern als in den Köpfen der Individuen verstreutes Wissen vorhanden. Zugänglich könne dieses Wissen nur dezentralisiert über die Reflexion der einzelnen Vorgänge in den Preisen gemacht werden. Beispiel 1: Angenommen, eine Ressource für Zinn ist verschwunden. Alles, was die Zinnverbraucher wissen müssen, ist, daß ein Teil des bisher von ihnen verbrauchten Zinns nun profitabler anderswo verwendet wird und sie somit sparsamer mit Zinn umgehen müssen. Die dadurch (von einigen) ausgelösten Aktivitäten (Suche nach anderen Quellen, Einstellen auf die neue Nachfrage usw.) verbreiten sich schnell durch das ökonomische System und wirken sich letztlich auf alle Dinge aus, in denen Zinn oder ihre Substitute vorkommen. Die Kommunikation von Individuen, die jedes für sich nur einen sehr beschränkten Überblick haben, mündet in die Lösung: ein einziger Preis. In diesem Sinn sieht Hayek das Preissystem als eine Art Telekommunikationssystem an.

Ich sehe nicht, daß Wagenknecht einem dieser Kritikpunkte widerspricht oder wahrscheinlich widersprechen würde. Einzig in der Frage der Innovationsfähigkeit äußert sie sich, wenn auch unklar: Sie würdigt Entdeckungen und Erfindungen in öffentlichen Einrichtungen (S. 298f.), und auch Anreiz und Motivation müssen ihrer Ansicht nach in öffentlichen Unternehmen nicht geringer sein als in privaten, bemängelt aber auch, daß der Staat Innovationen von Unternehmen Knüppel zwischen die Beine wirft (S. 334). Auf ein und derselben Seite (S. 333) zitiert sie einerseits einen Ökonomen mit der Aussage, daß für eine »funktionierende«

Konkurrenzwirtschaft die Eigentumsform egal sei, und andererseits, daß die Wahrscheinlichkeit »vernünftigen Wirtschaftens« in öffentlichen Unternehmen deutlich höher als in privaten sei – was auch immer »vernünftiges Wirtschaften« heißen mag. Jedenfalls bleibt unklar, warum für das, was sie »kreativen Sozialismus« nennt, der Markt unbedingt nötig ist. Ich komme auf die Innovationsfrage zurück.

### ... und Gegenargumente

Jugendliche  
besichtigen bei  
einem Besuch  
in einer  
Schraubenfabrik  
die  
Anzeigetafeln  
zur  
Planerfüllung,  
Magdeburg,  
DDR, 1953  
Foto:  
Bundesarchiv

Es können heute gute Gründe für die Zurückweisung der von der liberalen Schule vorgetragenen Einwände angeführt werden.

– Ökonomische Rationalität: Mises Behauptung, in einer Naturalwirtschaft könnten keine rational begründeten optimalen Entscheidungen getroffen werden, ist schon 1939 durch die Arbeiten des sowjetischen Mathematikers und Ökonomen Leonid Kantorowitsch widerlegt worden. Ausgehend von Untersuchungen zur optimalen Verwendung verschiedener Maschinentypen in einer Holzfabrik entwickelte er eine Methode, mit der die beste und günstigste Ausnutzung von Ressourcen und Transportnetzen u.a. ohne Rückgriff auf Preise bestimmt werden kann. Das war die Geburtsstunde eines neuen Zweigs der Mathematik, der Linearen Optimierung.<sup>2</sup>

Daß das Problem der Heterogenität der Arbeit durchaus im Rahmen der Arbeitswerttheorie gelöst werden kann, hat bereits der österreichisch-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Joseph Schumpeter, der aus anderen Gründen die Arbeitswerttheorie ablehnte, zugestanden.<sup>3</sup> Die in der Ausbildung einer qualifizierten Arbeitskraft geronnene Arbeitszeit ließe sich abschätzen, indem man die Arbeitszeiten der Qualifikateure in ihren unterschiedlichen Qualifikationsstufen auflistet. Diese geronnene Arbeitszeit wird dann im Produktionsprozeß nach und nach auf die Produkte übertragen, wie bei einer Maschine.<sup>4</sup>

– Komplexität: Um die in den einzelnen Gütern enthaltenen Arbeitszeiten zu berechnen, genügt es, die direkten Arbeitszeiten in allen Produktionsstätten zu kennen. Das wissen wir seit Wassily Leontiefs Input-Output-Analyse, deren Ursprünge bis in die Vorbereitungen für den ersten Fünfjahrplan der Sowjetunion zurückgehen. Es läßt sich also ohne Markt und Geld eine ökonomische Rationalität auf der Basis der Arbeitszeitrechnung herstellen. Computertechnik und Rechenverfahren sind heute so weit entwickelt, daß ein disaggregierter Plan für eine gesamte Volkswirtschaft in wenigen Minuten berechnet werden kann.

– Innovationsfähigkeit: Wie steht es um die Innovationsfähigkeit? Wenn ich morgens meinen Linux-Rechner hochfahre, werden mehrmals in der Woche Aktualisierungen und Verbesserungen angeboten, die ich mit einem Handgriff in meine Distribution übernehmen kann – oder auch nicht. Linux ist im gewissen Sinne ein Produkt antizipierter kommunistischer Produktionsweise. Das ist möglich, weil es als Softwareprodukt keine nennenswerten materiellen Ressourcen verschlingt. Dieses hochkomplexe Produkt entstand und entwickelt sich weiter in kooperativer Arbeit weltweit vernetzter Arbeitsgruppen, wobei die Potentiale des Internet als globales Kommunikationsmittel dienen. Alle arbeiten unentgeltlich und dennoch ehrgeizig, und einen Wettbewerb gibt es auch: den um die beste Desktopumgebung. Linux hat Microsoft schon das Fürchten gelehrt, nicht nur wegen seiner Qualität, sondern auch wegen seiner Arbeitsweise. Vor einigen Jahren fiel bei Microsoft die bisherige Schranke, daß die einzelnen Arbeitsgruppen ihre Codes geheimhalten mußten. Sie mußten einsehen, daß das die Entwicklung hemmt. Linux gehört zu den Open-Source-Produkten, d.h. Produkten mit offengelegtem Quellcode. Einiges ließe sich sogar auf die materielle Produktion übertragen. Denkbar sind z. B. Foren und Wikis, in denen Erfahrungen, Tricks und neue Ideen für Produktionsprozesse wie Produkte ausgetauscht werden können. Allein dieses Beispiel läßt ahnen, welche Produktivkraft durch die kommunistische Produktionsweise freigesetzt werden kann.

In der Literatur wird zwischen Prozeß- und Produktinnovation unterschieden. Zudem wäre es sinnvoll, drei Aspekte zu unterscheiden: Erzeugt das System starke Anreize für Innovation? Stellt es genügend Mittel für Innovation zur Verfügung? Und erzeugt es hinreichende Mechanismen für die Umsetzung in die Verbesserung der Wohlfahrt?<sup>5</sup> Nach den Erfahrungen mit der Sowjetunion könnte der dritte Punkt der wichtigste sein: Die Sowjetunion hatte gut ausgestattete Forschungs- und Entwicklungsinstitute, die teilweise auch in den Betrieben angesiedelt waren. Der Schwachpunkt lag in der Umsetzung der Innovationen in den Betrieben. Die wichtigsten Gründe dafür waren eine schlecht funktionierende Versorgung mit notwendigen Materialien, übermäßige Schwerpunktlegung auf Militär und Raumfahrt bei gleichzeitiger nahezu vollständiger Abschottung von den Zivilbereichen, das Fehlen paralleler Produktionslinien. Auch hier zeigt sich: Es sind Mängel, die nicht jedem Sozialismus anhaften müssen.

– Informationsflüsse: Hayeks subjektivistisches Verständnis von Information ist vorwissenschaftlich. Ökonomische Beziehungen gingen schon immer mit objektivierter Information einher, seien es Verträge, Schuldstöße oder mit dem Abakus unterstützte Rechenvorgänge. Heute sind verstreute Informationen in Datenbanken speicher- und für jeden abrufbar. Natürlich kann kein einzelner Mensch Projekte wie das für den Airbus A380 überblicken; dennoch ist durch Informationsspeicherung und Produktkodierungstechniken unabhängig von den Köpfen der Menschen der Weg jeder Schraube zurückzuverfolgen.

Hayeks Auffassung des Preissystems als ein Telekommunikationssystem ist in Ordnung. Doch ergibt sich, wenn man den Preisbildungsprozeß als einen Algorithmus formuliert und mit den erforderlichen Schritten bei einer Planwirtschaft vergleicht, daß beim Markt mehr Informationsflüsse nötig sind als beim Plan.<sup>6</sup> Planwirtschaft erweist sich auch hier als effektiver als der Markt.

## **Klassenkampf in der Theorie**

Ludwig von Mises' Schrift »Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen« war direkt gegen die Oktoberrevolution gerichtet. Sein Schüler Friedrich August von Hayek setzte im beginnenden Kalten Krieg alles daran, die defätistischen Tendenzen im eigenen Lager zu

bekämpfen und dem »totalitären« Sozialismus eine liberale Gesellschaftskonzeption entgegensetzen und zur Dominanz zu verhelfen. Er schien Anlaß dafür zu haben, denn, so Hayek: »Die Lage ist sogar noch schlimmer, als es das bloße Fehlen eines Programms bedeuten würde; denn in Wirklichkeit unterstützen fast überall die Gruppen, die behaupten, dem Sozialismus entgegenzutreten, zur selben Zeit eine Politik, die, bei Verallgemeinerung der ihr zugrunde liegenden Prinzipien, nicht weniger zum Sozialismus führen würden als die erklärte sozialistische Politik.«<sup>7</sup> Die ordoliberalen Vorstellungen von Walter Eucken hatten die politische Funktion, die planwirtschaftlich gefärbte Ordnung der Nachkriegsjahre abzulösen. Das war bekanntlich eine Zeit, wo selbst die CDU vom Sozialismus sprach. Es war also kein Zufall, daß Eucken Gründungsmitglied der von Hayek ins Leben gerufene Mont-Pèlerin-Gesellschaft war. Wagenknechts Favorit Ota Šik antwortete 1990 auf den Vorwurf, mit dem »Dritten Weg« in der Zeit des »Prager Frühlings« ein »zum Leben untaugliches Hybrid der geplanten Marktwirtschaft« eingeschlagen zu haben: »Schon damals war ich davon überzeugt, daß die einzige Lösung für uns ein vollblutiger Markt kapitalistischer Art ist. Und heute, nachdem ich zwanzig Jahre im Westen gelebt habe, zweifle ich nicht im geringsten daran.«<sup>8</sup>

Für alle, die den Kapitalismus vom Hals haben wollen, bleibt die Aufgabe unserer Zeit, den Marktliberalen ein moralisch und philosophisch kohärentes marxistisches Projekt entgegensetzen. Wer sein Heil in anachronistischen Marktkonzepten sucht, irrt nicht nur sachlich, sondern setzt nur, ob gewollt oder nicht, die unselige liberale Tradition fort, wirklichen Fortschritt, den Übergang zum Kommunismus verhindern zu wollen.

## **Anmerkungen**

1 Friedrich Hayek, *The Use of Knowledge in Society*, p. 5-6; online unter: [www.econlib.org/library/Essays/hykKnw1.html](http://www.econlib.org/library/Essays/hykKnw1.html)

2 Die legendären Vorlesungen 1939 an der Leningrader Staatsuniversität sind auf Englisch online abrufbar unter: [www.jstor.org/stable/2627082](http://www.jstor.org/stable/2627082)

3 Joseph Schumpeter: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Francke, München 1950, S. 47 Fußnote

4 In Cockshott und Cottrell: *Alternativen aus dem Rechner* (PapyRossa, Köln 2006) ist ein Beispiel durchgerechnet (S. 66f)

5 David M. Kotz, *Socialism and Innovation*; online unter: [people.umass.edu/dmkotz/Soc\\_and\\_Innovation\\_long\\_00.pdf](http://people.umass.edu/dmkotz/Soc_and_Innovation_long_00.pdf)

6 Paul Cockshott, Allin Cottrell, Gregory Michaelson, Ian Wright, Victor Yakovenko, *Classical Econophysics*, p. 321ff.

7 Friedrich Hayek, Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, S. 121, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 2003

8 grenzlos.info/sik.htm

## **Vordenker des Liberalismus**

**Walter Eucken**, geboren am 17.1.1891 in Jena, studierte Geschichte, Staatswissenschaften, Nationalökonomie und Jura, wurde 1921 in Berlin habilitiert und unterrichtete ab 1925 an der Universität Tübingen. 1947 war er Mitbegründer der Mont-Pelerin-Gesellschaft, ein Zusammenschluß marktradikaler Intellektueller. Er gilt als führender Vertreter des Ordoliberalismus der Freiburger Schule der Nationalökonomie. Nach der Auffassung der Ordoliberalen ist es die Aufgabe des Staates, die notwendigen Voraussetzungen für eine »freie Marktwirtschaft« zu schaffen und zu erhalten.

**Friedrich August von Hayek** wurde am 8.5. 1899 in Wien geboren. Von 1927 bis 1931 war er Leiter des von ihm gegründeten Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung. Danach hatte er eine Professur an der London School of Economics inne. Ab den 1950er Jahren lehrte er an der Universität Chicago und in Freiburg, 1968 wurde er emeritiert. 1974 wurde ihm – zusammen mit dem Schweden Gunnar Myrdal – für seine Arbeiten zur Geld- und Konjunkturtheorie der Nobelpreis verliehen. Er gilt als einer der wichtigsten neoliberalen Ökonomen und Sozialwissenschaftler des 20. Jahrhunderts. Eckpfeiler seiner Vorstellung einer gelingenden Gesellschaft sind garantiertes Privateigentum, individuelle Freiheitsrechte und der »freie Markt« als spontanes Ordnungsprinzip. Wesentliche Teile seines Werkes sind der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus gewidmet.

**Ludwig von Mises** wurde am 29.9. 1881 in Lemberg (Lwow, Ukraine) geboren, ab 1918 lehrte er in Wien und Genf. 1940 emigrierte er in die Vereinigten Staaten, wo er von 1948 bis 1969 in New York unterrichtete. 1946 wurde er US-amerikanischer Staatsbürger. Er gilt als bedeutender Vertreter der sogenannten Österreichischen Grenznutzenschule, die der Arbeitswertlehre eine subjektivistische Werttheorie entgegensetzt. Auch ihm können keinerlei Sympathien für den Sozialismus unterstellt werden. In seiner Studie »Die Wurzeln des Antikapitalismus« von 1958 schreibt er: »Kapitalismus und Sozialismus sind zwei verschiedene Formen der sozialen Organisation. Privatkontrolle der Produktionsmittel und öffentliche Kontrolle sind einander widersprechende und nicht nur verschiedene Begriffe. Es gibt keine »gemischte Wirtschaft«, das heißt ein System, das halbwegs zwischen Kapitalismus und Sozialismus stehen würde.« Gegen den Sozialismus gebe es nur ein Mittel: »Das einzige, was die Versklavung der zivilisierten Nationen des westlichen Europas, Amerikas und Australiens durch das Barbarentum Moskaus verhindern kann, ist offene und uneingeschränkte Bejahung des Laissez-faire-Kapitalismus.« (d. Red.)

**Helmut Dunkhase** ist seit 40 Jahren in der kommunistischen Bewegung aktiv. Er ist Diplommathematiker, Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und arbeitete als Lehrer in Berlin. Texte unter: [helmutdunkhase.de](http://helmutdunkhase.de)

